

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/25

Hannover, 27. Februar 1948

## Deutschland oder ein Komitee

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Das Fehlen der deutschen Einheit resultiert nicht aus einem mangelnden deutschen Willen für dieses Ziel, sondern aus der Uneinigkeit der Sieger in ihrer deutschen Politik. Seit der Wende 1946/47 versuchen die Sowjetrussen, die deutsche Einheitssehnsucht für sich zu aktivieren, um damit ihre außenpolitische Position gegenüber den westlichen Demokratien zu verbessern. Die Parole ist von Marshall Boris von Moskau nach Deutschland gebracht worden und zunächst in Berlin, dann in Leipzig von der Sozialistischen Einheitspartei und den Kommunisten der Westzone in Gegenwart von Dr. Külz fertiggehammert worden. Sowjetrußland möchte durch eine zentrale Regierung den Westen kontrollieren und sich in die Lenkung und Ausbeutung seiner industriellen Potenzen, vor allem an der Ruhr, einschalten. In der östlichen Besatzungszone aber soll die Kontrolle und das Mitwirken der westlichen Okkupationsmächte weiter unabgänglich sein. Es ist dies eine Politik für Rußland und nicht für Deutschland.

Gerade deswegen und weil ökonomisch und sozial das totalitäre Experiment in der Ostzone mißglückt ist, wird jetzt der deutsche Nationalismus von den Kommunisten so hemmungslos entfacht. Der ganze Traditionskomplex der offenen und heimlichen russisch-deutschen Allianzen wird mit allen Mitteln belebt.

Zuerst versuchte man im Februar 1947 durch die Liberaldemokraten - vor allem den Reichsjustizminister a.D. Dr. Eugen Schiffer - die Sozialdemokraten einzufangen. Als das nicht gelang, spannte man im März die CDU vor den Wagen, die Herren Kaiser, Lemmer und Dr. Müller. Dabei darf ruhig angenommen werden, daß die bürgerlichen Politiker bei diesen Bemühen im Interesse nicht nur ihrer Parteien, sondern auch Deutschlands und der Demokratie zu handeln vermeinten. Sie sahen das Problem nicht oder wollten es nicht sehen und luden damit viel Schuld auf sich. Die kommunistische SED freilich erteilte andere. "Wegen des Rotlaufs von Schumacher, einer Krankheit, die nur bei Schweinen vorkommt, haben wir uns dafür der CDU bedient," stellte Otto Grotewohl fest.

Die nachfolgenden Kapitel sind bekannt: Nationale Repräsentation, Nationaler Konsultativrat und Repräsentation durch führende Persönlich-

keiten. Alle Versuche scheiterten aus innerer Zwangsläufigkeit. Man kann nicht ein großes politisches Problem mit organisatorischen Mitteln lösen, eine deutsche Antwort auf eine russische Frage geben.

Plötzlich kam Anfang Februar 1948 die Anregung des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, eine solche deutsche Vertretung auf der Grundlage der Landtage zu bilden, und jetzt kommt aus der CDU Rheinland-Westfalen der sogenannte Düsseldorfer Plan.

Er wirft bereits in seinem ersten Punkte sein ganzes mühevoll errichtetes Zehnpunkte-Gebäude um: sämtliche in einer Zone zugelassenen Parteien sollen freie Bewegungsmöglichkeiten in allen Zonen haben. Das würde bedeuten, daß nicht nur die sozialdemokratische Partei in der Ostzone gegen den russischen Willen zugelassen werden müßte, sondern daß auch die CDU und die FDP aus der Rolle der gleichgeschalteten Satellitenparteien in dieser Zone erlöset werden müßten. Das Prinzip der Blockpolitik, mit dem die Kommunisten der Ostzone im Auftrage ihrer Besatzungsmacht von den bürgerlichen Parteien ihr permanentes Ermächtigungsgesetz für die Zerstörung der Demokratie erpressen, muß aus der deutschen Politik verschwinden. Entweder man bringt die Demokratie in allen Zonen zum Funktionieren oder man beschreitet einen Weg, der von der sowjetischen Zone her zur Lähmung der Demokratie in den westlichen Zonen führt. Die CDU und die FDP der Westzonen werden erklären müssen, ob es für sie eine Christlich-Demokratische Union und eine Liberal-Demokratische Partei in der Ostzone noch gibt oder ob diese Organisationen bereits in der prorussischen Übereinheitspartei des "Volkskongresses" eingeschmolzen sind. Man kann die deutsche Einheit auf der Grundlage der Freiheit nicht dadurch bekommen, daß man eine pseudodemokratische Kulisse für die Diktatur abgibt.

An diesem Punkt scheitert der Düsseldorfer Plan. Seinem Inhalt nach erweist er sich als ein parteitaktisches Manöver der CDU, aus dem sie politisches Kapital schlagen möchte. Als Dr. Adenauer seinen Kurswechsel in der Frage der Nationalen Repräsentation vornahm, hat er offenbar gehofft, die Sozialdemokratie in eine peinliche Situation bringen zu können. Er wollte sie vor den Augen der nicht unterrichteten Massen in die Lage bringen, durch ihr "Nein" zu diesen Vorschlägen vor dem Volke als eine Partei zu erscheinen, die aus lauter Eigensucht eine nationale Notwendigkeit ablehnt. In der Zwischenzeit hat die Kapitulation der bürgerlichen Parteien in der Ostzone gezeigt, daß es nicht um die Sozialdemokratische Partei, sondern um das Leben der Demokratie schlechthin geht. Die CDU und die FDP aber, die nicht die Kraft aufbringen, auf ihre formale Existenz in einer "Harzburger Front" mit den Kommunisten in der Ostzone zu verzichten, stehen jetzt im Vordergrund.

Praktisch ausgelöst wurde dieser Vorstoß von Rhein durch den von der SMA zum neuen Vorsitzenden der CDU in der Ostzone gemachten Professor Lickmann-Dresden. Und hier ist die Stelle, an der der Kreis sich wieder rundet. Es ist immer eine Macht, eine Partei, eine Initiative, die mit den verschiedensten Richtungen und Männern spielt. Immer wieder finden sich Leute, die da glauben, daß man mit dem Totalitarismus ein Kompromiß schließen und ein siegreiches 200-Millionenvolk mit einer taktischen Pfiifigkeit politisch überspielen könne.

Die CDU öffnet heute dem totalitären Kommunismus breite agitatorische Einfallstore. Soziale Taten und nicht nationalistische Phrasen braucht das deutsche Volk.

Im April findet der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz statt. Der Präsident der SPD, Dr. Hans Oprecht, hat uns einen Aufsatz zur Verfügung gestellt, der in großen Linien mit den Problemen der Schweizer Sozialdemokratie bekannt macht. In unserer nächsten Ausgabe veröffentlichen wir einen Artikel von Hans Vogel, dem politischen Leiter der "Berner Tagwacht". Ein weiterer Aufsatz von Dr. Paul Meierhans, dem Chefredakteur des Zürcher "Volksrechts" wird folgen. Die Redaktion

### Die Schweizer Sozialdemokratie im Jahre 1948

Von Dr. Hans Oprecht

Das Jahr 1947 brachte der SPS nicht den gewünschten und erhofften Erfolg bei den Erneuerungswahlen des Nationalrats. Das zahlenmäßige Verhältnis der im Schweizerischen Bundesstaat herrschenden Parteien hat sich bei diesen Wahlen wenig geändert. Die bürgerlichen Parteien haben ihre Positionen gewahrt; die Linke (die SPS mit 48 Sitzen und die PdA-Kommunisten, die erstmals als Partei auftraten, mit 7 Sitzen) ebenfalls. Die internationale, von den USA ausgehende reaktionäre Nachkriegswelle hat auch in der schweizerischen Politik ihren Ausschlag deutlich spürbar zu machen vermocht. Die Tendenzen zur Sozialisierung der Wirtschaft, die in Europa allein den Wiederaufbau ermöglichen würde, sind nicht nur gestoppt worden; sie haben eine Gegenbewegung gerufen, die in der Schweiz zu einer eigentlichen, antistaatlichen Reaktion führte. Das ist gefährlich, weil auf solchem Boden leicht Bewegungen erwachsen können, die im Nationalsozialismus und Faschismus ihr Vorbild finden werden.

Die SPS ist sich dieser Gefahren bewusst und befolgt darum eine Politik, die durch den Begriff "Demokratischer Sozialismus" nur zum Teil wiedergegeben werden kann. Für die SPS ist Sozialisierung längst nicht mehr identisch mit Verstaatlichung. Im Gegenteil, in ihrem Programm "Die neue Schweiz" hat die SPS bewusst die Ideen der Selbstverwaltung und der genossenschaftlichen Wirtschaft in den Vordergrund gestellt. Als konkrete Aufgabe für die nächste Zeit stehen für die SPS im Vordergrund: der Ausbau der AHV durch die Einführung der Invalidenversicherung und die Reform der Bundesfinanzen. In Bezug auf die letztere Frage geht es um eine mehr zentralistische oder um eine ausgesprochen föderalistische Lösung, d.h., was gehört auf dem Gebiet der Finanzen den Kantonen, was dem Bund; wobei es sich aber tatsächlich um die Entscheidung darüber handelt, wer die finanziellen Lasten des vergangenen Krieges tragen soll: die besitzende Klasse oder die breiten Schichten des werktätigen Volkes.

Die innenpolitische Entwicklung der Schweiz hängt weitgehend davon ab, wie die internationale Lage in den nächsten Monaten und Jahren ausschauen wird. Der Parteivorstand der SPS hat auf Mitte April einen außerordentlichen Parteitag eingeladen, der in erster Linie zu

den außenpolitischen Problemen der Schweiz und zum Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale Stellung beziehen soll. Die Thesen des Parteivorstandes, die dem Parteitag unterbreitet werden, versuchen, Ideen des demokratischen Sozialismus auch auf außenpolitischem Gebiet zu realisieren.

Die SPD ist sich aber bewusst, daß die gegenwärtige reaktionäre Situation in der Welt nur vorübergehender Natur sein kann. Die Zeit arbeitet immer wieder für den Sozialismus.

### Bayerns neues Kommunal-Wahlrecht

Von Dr. Arnold Kille,

Vorsitzender des Verfassungsausschusses des bayer. Landtags

Die neuen bayerischen Gemeinde- und Landkreiswahlgesetze bedeuten in vieler Beziehung einen revolutionären Einbruch in das bisherige einschlägige Recht, wenn sie auch nicht das erfüllen, was sich die sozialdemokratische Fraktion und die der Freien Demokraten zum Ziel gesetzt hatten.

Wahlberechtigt sind neben allen deutschen Staatsangehörigen auch solche Personen, die sogen. deutschen Minderheiten angehörten. Dem entschiedenen Druck der SPD und FDP ist es zu verdanken, daß schon der halbjährige Aufenthalt in einer Gemeinde genügt, um wahlberechtigt zu sein. Das gilt auch für die Wahlen zum Kreistag und für die vom Volk zu wählenden Bürgermeister.

An die Stelle des bisherigen Listenwahlrechts tritt eine Kombination, die dem Wähler gestattet, nach Belieben die Liste einer Partei oder auch nur einen Teil davon zu wählen oder nach freier Wahl von allen Listen soviel Kandidaten auszusuchen, als zu wählen sind, oder auch nur einen Teil der festgesetzten Zahl zu wählen. Jeder Wähler hat also soviel Stimmen, als Gemeindevertreter zu wählen sind. Dieses Verfahren dürfte wahrscheinlich viel Verwirrung anstiften und eine große Zahl ungültiger Stimmen zur Folge haben.

Eine weitere Komplizierung des Wahlverfahrens ist die Stimmenhäufelung, also die Möglichkeit, einem oder mehreren Bewerbern bis zu drei Stimmen zu geben und bestimmte Bewerber zu "köpfen", d.h. zu streichen.

In Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern wird der Bürgermeister durch die Gemeindebürger, in den übrigen Gemeinden durch den Gemeinderat auf die Dauer der Wahlzeit des Gemeinderats (vier Jahre) gewählt. Hauptamtliche Bürgermeister können in Gemeinden über 10.000 Einwohnern, aber auch nur für die Dauer der Wahlzeit der Gemeinderäte, gewählt werden. Die Stellvertreter des Bürgermeisters können nur aus dem Kreis der Gemeinderäte gewählt werden. Die Wahl von hauptamtlichen oder berufsmäßigen Gemeinde- (Stadt-)Räten ist nicht mehr statthaft.

Während SPD und FDP sich für die Wahl der Landräte durch das Volk aussprachen, beschloß die Mehrheit, daß der Kreistag den Landrat

zu wählen hat. Dieser kann auch hauptamtlich bestellt werden. In keinem Falle darf seine Wahlzeit länger sein als die der Kreistagsmitglieder.

Minderbelastete können weder zu Gemeinderäten, Kreistagsmitgliedern, Bürgermeistern oder Landräten gewählt werden, während Mitläufer lediglich von der Wahl zum Bürgermeister und Landrat ausgeschlossen sind.

#### Das Beispiel von Walkenried

H.U. Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie ist ein viel gebrauchtes Schlagwort im Sprachschatz der Gegenwart, dessen theoretischer Propagierung leider nur eine sehr spärliche praktische Betätigung gegenübersteht. Der gesunde britische Grundsatz, daß "Demokratie von unten her aufgebaut" werden müsse, wird längst nicht im wünschenswerten Ausmaß betätigt. Umso mehr verdienen die Fälle Erwähnung, wo es in vorbildlicher Weise geschieht.

In dem kleinen Städtchen Walkenried, der als einer der Zentrenpunkte des illegalen Grenzgängerverkehrs zwischen der britischen und sowjetischen Zone eine weit über seine frühere Bedeutung hinausreichende Berühmtheit erlangt hat und bei dessen Bewohnern sich wahrscheinlich eben durch die enge Fühlung mit dem politischen Pulsschlag der Zeit eine besondere Hellhörigkeit für politische Zeitfragen zwangsläufig herausgebildet hat, besteht schon seit Jahr und Tag eine Gepflogenheit, die im besten Wortsinn als "Tribüne der Demokratie" anzusprechen ist. Im Anschluß an jede öffentliche Gemeinderatssitzung, an der regelmäßig ein ansehnlicher Hundertsatz der Bevölkerung teilzunehmen pflegt, findet eine öffentliche Diskussion statt, in der alle im Gemeinderat erörterten, aber auch andere Fragen von jedem Einwohner behandelt werden können.

Die Früchte dieser Einrichtung zeigen sich nicht allein in einer völlig reibungslosen Zusammenarbeit im Gemeinderat und in der, keiner Beanstandung ausgesetzten Ausführung der Gemeinderatsbeschlüsse durch die Gemeindeverwaltung. Trotz einer klaren SPD-Mehrheit im Gemeinderat wurde von diesem, wie vorher schon bei der Wahl durch die Bevölkerung, zum Bürgermeister von Walkenried ein keiner Partei angehörender Bürger gewählt. Seine Bewährung wurde durch seine einstimmige Wiederwahl im Gemeinderat bestätigt. Aber darüber hinaus zeitigt der hier bewiesene "Aufbau der Demokratie von unten" seine fruchtbaren Ergebnisse. Als jüngst die erste Kreistagsitzung des Kreises Blankenburg (britische Zone), zu dem Walkenried gehört, hier stattfand, hatte sie einen bis dahin nicht erlebten Rekorbesuch zu verzeichnen. Die Bürger von Walkenried sind gewohnt, an den Sitzungen ihrer gewählten parlamentarischen Selbstverwaltungskörperschaften teilzunehmen, und sie brachten konsequent dem Kreistag dasselbe Interesse entgegen, wie sie es üblicherweise ihren Gemeinderatssitzungen bekunden. Fürwahr ein Musterbeispiel, das Anerkennung und Nachahmung verdient!

CDU hemmt Gesetzearbeit des Wirtschaftsrates

th. Die Abgeordneten des Wirtschaftsrates stehen vor einer Fülle wichtiger Aufgaben. Im Augenblick sind zwölf Gesetze in Bearbeitung, von denen sich einige mit wichtigen Ernährungsfragen beschäftigen und keinen langen Aufschub vertragen. Gegenüber dieser Tatsache muß es Befremden erregen, daß die Arbeit der Ausschüsse ins Stocken geraten zu sein scheint. Die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Ernährung, die beide nach längerer Zeit für den 25. und 26. Februar einberufen waren, wurden auf Wunsch der CDU-Fraktion abgesagt, die in beiden Ausschüssen die Vorsitzenden stellt. Die Ursache dieser Verzögerung liegt offenbar darin, daß die CDU/CSU soviel Zeit braucht, um ihre internen Schwierigkeiten zu glätten. Bedauerlicherweise geht diese Zeit aber den Bemühungen verloren, die auf Überwindung der Nöte des Tages gerichtet sind. Die Folge davon wird sein, daß auch auf der Tagesordnung der nächsten Vollversammlung des Wirtschaftsrates keine Gesetze oder Verordnungen erscheinen werden. Da der Ernährungsausschuß nach den Plänen seines Vorsitzenden, des ODU-Abgeordneten Hermes, wieder erst am 10. und 11. März zusammentreten soll, ist es sogar noch sehr unwahrscheinlich, daß in der Plenarsitzung am 16. und 17. März positive gesetzgeberische Arbeit geleistet werden kann. Auf diese Weise geht für die Regelung sehr wichtiger Angelegenheiten praktisch der ganze Monat März verloren. Dann werden diejenigen, die für diese Zeitverschwendung verantwortlich sind, später sich beschweren, daß sie angeblich von der Militärregierung unter Zeitdruck gesetzt werden.

Parteitag des Bezirks Niederrhein

Der Bezirk Niederrhein der SPD hält vom 13. - 15. März seinen diesjährigen Bezirksparteitag in Solingen ab. Am 13. März findet die Sitzung des Bezirksvorstandes und Bezirksausschusses statt, am 14. März der eigentliche Parteitag bis einschließlich 15. März nachmittags.

Was ein Volksrichter wissen muß

50 Bewerber meldeten sich zu einem Lehrgang für Volksrichter in Sachsen-Anhalt in Halle. Zwei von ihnen bestanden die Aufnahmeprüfung nicht, weil sie die Parteizugehörigkeit des derzeitigen Ministerpräsidenten von S./A. und den Namen des Vorsitzenden der SED nicht kennen.